

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
13-3/024/2019

## Anträge an AGABY - Abbau von Vorurteilen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ausländer- und Integrationsbeirat	14.02.2019	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

## Beteiligte Dienststellen

### I. Antrag

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, sich bei der Landesregierung für eine stärkere Kultur der Begegnung und des Dialogs zwischen Migranten und Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft stark zu machen und öffentliche Maßnahmen für den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen zu initiieren.

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Gegenseitige Vorurteile von Zugewanderten und Teilen der Mehrheitsgesellschaft sollen abgebaut werden. Die emotionale Integration aller Zugewanderten und ein allgemeines gesellschaftliches Verständnis eines gemeinsamen „Wir-Gefühls“ soll gefördert werden.

Hintergrund:

Vorurteile Asylsuchenden und Zugewanderten gegenüber prägen Einstellungen und Haltungen vieler Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, wie die Ergebnisse der Landtagswahl vergangenen Herbst gezeigt haben.

Gleichzeitig bestehen auf beiden Seiten Bedenken und Befürchtungen vor dem Verlust der eigenen kulturellen oder religiösen Identität sowie die Angst vor der Annahme einer anderen Identität und Werte durch die eigenen Kinder. Dabei wird die jeweilige unterschiedliche kulturelle Identität häufig abgewertet, um die eigenen Wertevorstellungen zu verteidigen.

#### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Ausländer- und Integrationsbeirat sieht den verstärkten, beidseitigen Austausch und das offene Gespräch über individuelle Vorbehalte und unterschiedlichen Wertevorstellungen als notwendig an, um die beschriebenen Wirkungen zu erreichen.

#### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

#### Anlagen:

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Ausländer- und Integrationsbeirat am 14.02.2019

#### Protokollvermerk:

In der Sitzung wurden Kooperationen zwischen SOR-Schulen und Personen mit Fluchthintergrund als Beispiel eingebracht

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, sich bei der Landesregierung für eine stärkere Kultur der Begegnung und des Dialogs zwischen Migranten und Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft stark zu machen und öffentliche Maßnahmen für den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen zu initiieren (z.B. Förderung von Projekten für Kooperationen zwischen SOR-Schulen und Personen mit Fluchthintergrund).

mit 15 gegen 0 Stimmen

Lütfiye Yaver-Bozkurt  
Vorsitzende

Carolin Braun  
Schriftführerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
13-3/023/2019

## Anträge an AGABY - Kommunales Wahlrecht

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ausländer- und Integrationsbeirat	14.02.2019	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, sich auf landespolitischer Ebene wieder vermehrt für die Gewährung des kommunalen Wahlrechts für Bürger aus Nicht-EU-Staaten einzusetzen und die Aktion „Kommunales Wahlrecht“ mit den dazugehörigen Wahlen wie vor drei Jahren umzusetzen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Als Zeichen der politischen Integration sollen gleichwertige Partizipationschancen für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden und das Recht zur Mitbestimmung und Mitgestaltung zumindest auf kommunaler Ebene auch für Bürger aus Drittstaaten eingeräumt werden. 4,6 Millionen Einwohner\*innen mit einem Pass aus Nicht-EU-Ländern, sogenannte Drittstaatsangehörige, sind von dem demokratischen Recht der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen.

Gleichzeitig soll damit ein wichtiges Signal der politischen Integration durch die Ermöglichung der Beteiligung an demokratischen Strukturen auf kommunaler Ebene gesetzt werden, in dem alle Bürger gleichberechtigt bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen mitwirken können.

Der Ausländer- und Integrationsbeirat erachtet es als relevant, rechtzeitig auf das Thema aufmerksam zu machen, bevor die Wahlprogramme der politischen Parteien im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2020 feststehen.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

(Siehe Antragstext)

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Ausländer- und Integrationsbeirat am 14.02.2019

**Protokollvermerk:** In der Sitzung wurde der Vorschlag eingebracht, eine Kooperation mit dem bayerischen Jugendring im Rahmen der U18 Wahlen anzuregen.

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, sich auf landes- und bundespolitischer Ebene wieder vermehrt für die Gewährung des kommunalen Wahlrechts für Bürger aus Nicht-EU-Staaten einzusetzen, die Aktion „Kommunales Wahlrecht“ mit den dazugehörigen Wahlen wie vor drei Jahren umzusetzen und sich gegebenenfalls in Kooperation mit dem bayerischen Jugendring an den U18 Wahlen zu beteiligen.

mit 15 gegen 0 Stimmen

Lütfiye Yaver-Bozkurt  
Vorsitzende

Carolin Braun  
Schriftführerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
13-3/022/2019

## Anträge an AGABY - Sichere Häfen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ausländer- und Integrationsbeirat	14.02.2019	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, alle weiteren Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns aufzufordern, sich für die Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Menschen und die Ausrufung der Kommunen als „Sichere Häfen“ stark zu machen und damit den Beispielen von Erlangen und Regensburg zu folgen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Kommunen Bayerns sollen sich als „Sichere Häfen“ erklären und sich damit für ein Ende des Sterbens von Menschen im Mittelmeer stark machen. In Zeiten der Politik der Abschottung und Verteidigung nationaler Grenzen ist es wichtig, dass die bayerischen Kommunen klare, deutliche Signale für eine Politik der Menschenwürde und Vielfalt aussenden und ein wichtiges Zeichen setzen, dass sie für humanitäre Werte und die Offenheit unserer Gesellschaft einstehen. Schließlich erfüllt Europa mit der Verweigerung der Seenotrettung den Tatbestand der un-terlassenen Hilfeleistung und missachtet international gültiges Seerecht.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Beiräte in Bayern sollten sich in den jeweiligen Kommunen dafür einsetzen, dass die Kommunen dem Beispiel Erlangens und Regensburgs folgen.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

### Haushaltsmittel

werden nicht benötigt  
sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
sind nicht vorhanden

#### Anlagen:

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Ausländer- und Integrationsbeirat am 14.02.2019

#### Protokollvermerk:

In der Sitzung wurde angemerkt, dass sich Nürnberg zwischenzeitlich auch als „Sicherer Hafen“ erklärt hat.

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen bittet AGABY, alle weiteren Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns aufzufordern, sich für die Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Menschen und die Ausrufung der Kommunen als „Sichere Häfen“ stark zu machen und damit den Beispielen von Erlangen, Regensburg **und Nürnberg** zu folgen.

mit 15 gegen 0 Stimmen

Lütfiye Yaver-Bozkurt  
Vorsitzende/r

Carolin Braun  
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang